

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. März 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lohndruck 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Anzeig., Verlags- und alle sonstigen Reklamationspreise 1,50 Mk. pro Zeile und nicht gewährt.

Nr. 32

Etwas über Ursache und Wirkung

In unserer letzten Nummer erwähnten wir bereits einiges aus der Panschniede der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“. Deren Inhalt etwas länger zurückliegende Ausgabe vom 20. Februar bietet jedoch noch eine andre Ausbeute, und zwar darüber, wie auf Unternehmerseite Ursachen gegeben werden, von deren Wirkung dieselben Leute dann ganz erlaunt sind, weil sie es nie Wort haben wollen, daß sehr oft die Unternehmer direkt am meisten zur Radikalisierung der Massen beitragen. In einem „Offenen Briefe“ hatte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, eine ziemlich rechtsstehende Angestelltenorganisation, den „deutschen Arbeitgebern der Industrie“ Wahrheiten von der Sorte gesagt, die sich niemand an den Spiegel steckt. Wenn man dann und wann die „Deutsche Handelswoche“ durchgeht, läßt sich erkennen, daß diese Gruppe von Angestellten durch die kurzfristige Lohnpolitik ihrer Unternehmer beträchtlich radikalisiert worden ist. In einem Rückblick auf die gewerkschaftliche Arbeit des Jahres 1920 war mancherlei zu lesen, was darauf schließen läßt. Man hat schon einen in die Millionen gehenden „gewerkschaftlichen Kampfbund“. Die Unternehmer haben dieselben nach links nicht zuletzt dadurch bewerkstelligt, daß sie für ihre Angestellten die Distanz zwischen Preisstand und Gehalt ansehnlich groß machten. Die deutschnationalen Handlungsgehilfen konstataren von sich — und das wird nicht nur für diese Angehörigen gelten —, daß sie bei einer (abgemessenen) acht bis zehnjährigen Steigerung der Löhne für die wichtigsten Lebensbedürfnisse höchstens eine lebhafte Wohlstandsgewinnung zu erreichen vermochten, was meistens erst nach unendlich mühseligen, oft monatelangen Verhandlungen möglich war, während die Preise sprunghaft in die Höhe gingen. Genen „Offenen Briefe“ kennen wir nicht selbst. Wie ihn die „D. W.“ abtut, ist aber bezeichnend in zweifacher Beziehung: einmal, wie die deutschnationalen Handlungsgehilfen aufgetrumpft haben müssen, und dann, daß das Sprachrohr der Unternehmerpolitik mit den Angestellten ebenso unspitzig, als wären es „unverbesserliche“ Rote in knallroter Ausgabe. Von dem „Offenen Briefe“ wird gesagt, daß sein „schätzbarer Ton den üblichen Nachwörtern von sozialdemokratischer Seite wenig nachgibt“. Die „mit hochschönender, Bräseologie ausgeputzte Kundgebung“, deren Verfasser extra „fanatische Stimmung“ vorgeworfen wird, soll nämlich neben allerlei den „Herren Chefs“ unangenehm erscheinenden Eventualitäten auch ankündigen, daß zahlreiche Angehörige der Angestelltenchaft zum Kommunismus und Bolschewismus abzuweichen würden, wenn es mit der sozialen Rücksichtlosigkeit so weitergehe. Ganz böse ist die „D. W.“ aber über eine in dem „Offenen Briefe“ mit enthaltene Stelle von „einigen großen Aktiengesellschaften“ mit ihren seltenen Eidwänden. Die Aktiengesellschaften spielten im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft eine verhältnismäßig kleine Rolle, die Rolle der selbständigen Unternehmerarbeit mit kleinerem Kapital und geringeren Mitteln und sei keineswegs so günstig gestellt. Im „Korr.“ und auch in andern gut orientierten Organen ist so viel über die sehr günstige Herdenstrolache des Unternehmertums im allgemeinen geschrieben worden, daß wir nur den Mut zum Abweichen von offenkundigen Tatsachen bewundern können.

Die Lohnpolitik im Buchdruckgewerbe hat zum Kapital von Ursache und Wirkung so viel beigetragen, daß sich manches in dem vorhergehenden Maße wäre, als ob von unsern Verhältnissen die Rede wäre. Nur schließt das Prinzipalpaar nicht so robust drauflos und bringt das Gehlenorgan des älteren solche offenen Briefe, wenn sie auch in anderer Form gäben. Aber abgesehen von dem weltlichen Unterschiede, daß die deutschnationalen Handlungsgehilfen von rechts nach links kommen, die Buchdrucker jedoch von links weiter nach links geraten, ist vieles zum Verwechseln ähnlich wie bei uns. Was in der Gutenberghalle bei den Getrauerfeierlichkeiten in idar Herdenstrolache nicht nur einmütig über die vom „Korr.“ betretene „Verhehlung“ zu vernehmen gewe-

ist, würde in auch geistig normaleren Zeiten jeden Vorwurf gegen die Interessensvertretung der Gehilfen durch ihr Organ glatt zu Boden schlagen. Das es jetzt anders ist, daß die Strikter manchmal über die Scheuklappenmethode weit hinausgehen und wie Amokläufer einherrennen, mögen die Prinzipalpaare, die bei der kurzfristigen Lohnpolitik des Deutschen Buchdruckervereins die Beobachtern oder die Führer sind, gefälligst als das Weich der dadurch von ihnen betriebenen Verhehlung der Gehilfenchaft betrachten. Sie besorgen die Radikalisierung der Buchdrucker in einem Maße, daß die bald getrennten, bald vereinigten — also zweiseitlichen — Oppositionen zu einem ganz gehörigen Maße des Dankes verpflichtet wären. Aber diese guten Leute sind so schlechte Musikanten, daß sie von Konjunkturpolitik keine Ahnung haben. Die Artikel in dieser Nummer zeigen das einmal wieder. Wenn wir aber so viel Gleichnisse aus der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ entnehmen können — auch die Dividendenpolitik haben wir schon häufig im Ingenieurvereinshaus und in der Gutenberghalle so „verständlich“ machen gehört —, dann soll damit nicht entschuldigt sein, wie nicht selten sich in der Kollegenchaft die Wirkungen von den Leitenden der Prinzipale gegebenen Ursachen zeigen. Sie aufreizende Lohnpolitik von drüben muß haben ein Echo der Vernunft finden, das ohne weiteres imponiert.

Die Prinzipalpolitik scheint jetzt so angelegt zu sein, daß man unter heinen Umständen merken lassen will, wie über den selbst angerichteten Aufruhr in der Gehilfenchaft gewacht wird. Die Situation mag ja nicht völlig sein, denn man hat sich von der Strikerpolitik der Provinz zu sehr einnehmen und von den Scharfmachern aus diesen Regionen allzu kräftig einbeziehen lassen. Das Drücken der Löhne wird aber noch stärker von Unterleuten der Druckpreise begleitet. Es stimmt also gar manches nicht auf der andern Seite. Ob man die Rezeptur der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ über „Stabilisierung der Löhne“ schon vorher kannte und danach handelte im Oktober November wie im Februar, läßt sich schwer sagen; vielleicht sollte auch ein Mittelweg zwischen „Stabilisierung der Löhne“ und „Lohnbremse“ versucht werden. Dabei ist man zwischen die bekannten zwei Stühle geraten und hat nun die Belagerung. Nun wird es äußerlich krampfhaft mit dem Vogel Strauß gehalten. Im Stillen aber bereiten sich Dinge und Reformen vor, die noch nicht so ausbleiben, als sollte von der verkehrten Lohnpolitik Umkehr stattfinden. Es mag sein, daß zu dieser totalen Verkennung von Ursache und Wirkung die in Einleitungen an den „Korr.“ oft zum Ausdruck kommende Unklarheit über die Zeitnotwendigkeiten und das namentlich vor Berlin gegebene Beispiel fast ununterbrochener Kampfgänge untereinander auch vieles bewirkt. Dann liegt es aber nur im Allgemeininteresse, wenn solche Artikel unterbleiben; der „Korr.“ wird dadurch nichts einbüßen.

Daß kritische Methoden von Stinnes mit denen auf Gehilfenseite identisch sein könnten, hat man sich vor kurzem auch noch nicht träumen lassen. Wenn auch zeitlich nicht ganz zusammenfallend, so doch recht nahegelegend ist z. B. das, was laut Verfallungsbericht aus Hamburg in voriger Nummer als Soziallagen kritische Neuheit gebracht wird und demnächst in einem besonderen Artikel der Verfallung noch nachdrücklicher gemacht werden soll. Stinnes, der kapitalistische Vampir, den man schlimmerweise schon den Diktator Deutschlands nennt, hat Ende voriger Woche dem armen, indes gar nicht unglücklichen Außenminister Simons eine Pause gehalten eb seiner in London angeblich begangenen Angelegenheiten gegenüber dem geliebten Lord George. Dabei griff er auch die ganze Regierung massiv an: Kalllosigkeit, keine Planmäßigkeit, keinen leitenden Gedanken, keine führende Idee usw. Simons hat uned. das vom Reichstage trotz von den Arbeiterparteien graduell geübter Strikts ein gutes Vertrauensvotum erhalten. Wenn in dem Hamburger Verfallungsberichte zum Ausdruck kommt, der Verband hätte wohl gute Beamte, aber keinen Führer, keine Männer von Initiative, keine Leute an der Spitze, die die Konzeption zu ziehen bereit wären nach der andern

Seite, so fehlt dieses kritische Maß mit der Stinnes'schen Methode über einen Kessel. Gar schnell wird ein neues allgemeines Verfallungsorgan in Aussicht genommen gegen den Verbandsvorstand, gegen die Gauvorsteher, die Gehilfenvertreter und nicht am wenigsten gegen den „Korr.“. Wenn dann eine solche Verfallung mit einer Ergrübelung über den (in der Tat) vordem Gewerkschaftsführer Karl Legien beginnt, der im Leben so oft das gleiche als „Anerkennung“ vernehmen mußte, und ihr vom Schriftführer zur anderweiten Auszeichnung schlechter oder sehr schlechter Besuch beheimligt wird, so wäre das ein Zusammenstoß, das in dieser Zeit gar nicht so ungewöhnlich sein würde. Wir wollen nicht sagen, daß für einen solchen Anspuch der Verbandsassade allein die „Zellenleute“ in Betracht kommen können, das kann heutzutage auch „Rechtler“ gelingen. Es fehlt nur noch, daß ein „Minister“ mit donnernder Stimme verlangt (wodurch es im Verfallungsorgan nicht als allgemeine Ansicht in die Erscheinung treten kann), die „Bonzen“ hätten sich nur nach dem zu richten, was die Mitglieder wollen; es dürfe nicht nach ihrem Willen (oder auch nach ihrem beschränkten Horizont) gehen. Dem nachzukommen, wird manchmal aber schon aus sozialogischen Gründen nicht möglich sein. Denn wo läme wohl eine Führerschaft hin, die sich beispielsweise auf Leipzig einstellt, wo in kurzer Zeit zwei Verfallungen das Lippenbekenntnis zum „Offenen Briefe“ der Kommunisten ablegten, während in voriger Woche eine dritte Verfallung bei dem sehr wichtigen „Minister“ der Arbeiterwelt von Hamburg auf die „Kommunisten“ u. a. mit größerer Mehrheit als umgekehrt rechts liegen? In diesen aufgeregten und wechselhaften Zeitaltern ist eine stabile Haltung der Organisationsleitung nach den Beschlüssen der Generalversammlung das einzig Richtige.

Es verhält es sich auch mit der Schreibweise des „Korr.“, die jetzt wieder schwer erhalten muß. Ursache und Wirkung werden hier ebenfalls total verwechselt. Wir haben in Nr. 150 vom Jahre 1911 einmal ausführlicher kommentiert, was eigentlich darunter verstanden werden müsse und haben an einer „Gedenkstunde“ von Verfallungserklärungen gegen den „Korr.“ nach den Tarifrevisionen von 1901, 1906 und 1911 veranschaulicht, was alles möglich ist in dieser Beziehung. Da wir gern mit unserer eignen Meinung zurücktreten, wollen wir das, was unser verstorbenen Vorgänger, Kollege Neghäuser, nach den Verhandlungen von 1906 seinem gepreßten Herzen entschlüpfen ließ, hier noch einmal an das Licht des Tages bringen:

Das, was man als „Schreibweise“ der „Korr.“ Redaktion beurteilt, war immer der Standpunkt der Organisation, die es nun einmal nicht jedem einzelnen Mitgliede recht machen kann. Wenn nun in der nächsten Zeit alle die an den Tarif geknüpften Bestrebungen sich als gegenstandslos erweisen haben werden, wenn endlich in kritischen Zeiten das Mühsliche unserer Einrichtungen und der mit dem neuen Tarif gemachten Fortschritt der Allgemeinheit überzeugend klargestellt ist, dann verlassen sich die Strikthäter. Uns aber bleibt es überlassen, unverbrossen und konstant im Zusammenhange des Ganzen weiterzuarbeiten, um das auf diese Weise im Laufe der Jahre gewonnene gesellige Urteil bei passender Gelegenheit als zu verurteilende „Schreibweise“ auf das Butterbrot geschmiert zu bekommen.

Wenn es sich jetzt auch in Anbetracht ganz anderer Verhältnisse vor allen Dingen um materielle Schmerzenspunkte handelt, so kann es doch mit dem Baronlaufen der Strikthäter ebenso kommen, wenn die kapitalistische Offensivlinie verstärkt und dann die Arbeiterchaft auf der ganzen Linie so daran ist, wie wir, oder auch kräftiger, weil der Widerstand gegen den Lohnabbau nicht überall gleich sein wird. Wir bitten aber alle diejenigen, die den „Korr.“ für alles verantwortlich machen wollen, zuvor einmal den Leitartikel in Nr. 150 von 1911 nachzulesen. Daß andre, die leichter zum Ziele glauben kommen zu können, auch Vorbehalte machen müssen, hat wohl jenes vor der Urabstimmung im Dezember v. J. herausgekommene Oppositivmaterial erkennen lassen, worin als Pro-

grammpunkt eine feste Vereinbarung über Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert wird,

die es den Kollegen ermöglicht, überall in den einzelnen Wirtschaftsbereichen Deutschlands das Erreichbare durchzusetzen. Dies soll geschehen unter einer zentralen Leitung nach streng einheitlichen Gesichtspunkten unter Einsetzung der zentralen Kraft der ganzen Organisation für jede einzelne Gruppe.

Für das Erreichbare haben Verbandsleitung und „Korr.“ noch stets ihre ganze Kraft eingelegt, und zentral soll nicht nur nach unserer Ansicht, sondern auch nach Generalversammlungsbeschluss dabei gehandelt werden. Was will man also mehr von uns?

Auf solche Wirkungen eingestuft erwacht sich im allgemeinen unsere Opposition, Kritikstreifer im „Korr.“ aber manchmal von beiden Seiten. Was in dieser Nummer davon herauskommt, hat nicht allein bei den Oppositionskritikern unheimlich Besseres. Selbstverständlich in ganz unterschiedlichem Maße. Die Kollegen Fiedler und Freudenreich werden es hoffentlich auch verstehen, daß um des Erfolges ihrer Zwecke wegen, den sie ja selbst auswärts erreichen wollen, wir nur wohl daran getan haben, sie gehörig zu mildern, denn sonst stände ihr zum Schluss erschallender Ruf zum Zusammenstoßen mit der Front nach der Unternehmenseite doch sehr mit dem Vorausgehenden in Widerspruch.

Eine Warnung vor den Kommunisten an die Buchdruckeropposition möchten wir in diesem Zusammenhang noch erwähnen. Der „Leipziger Volkszeitung“ (10. März) gefällt nämlich das Zusammengehen der beiden Oppositionen — an sich ein klassischer Beweis, wozu der Spaltungssinn für sich — gar nicht, wozu ihr die von der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale an die graphischen Arbeiter herausgegebenen Direktiven (wir kommen auf diesen Nürnberg-Führer Vorgang später speziell zu sprechen) als Schulbeispiel dienen. Die kommunistischen graphischen Arbeiter wollen danach die unabhängigen vor ihren Wagen spannen, denn es heißt in einem Rundschreiben der Kommunisten:

„Wo deshalb noch eine unkompromittierte „Gesamtopposition“ besteht, müssen sich unsere Genossen weiter daran beteiligen unter Wahrung unserer Grundzüge und unserer Handlungsfreiheit. Sollte in einem solchen Falle die Leitung in Händen der U.S.P. liegen und dieselbe noch mit dem „Graphischen Blaud“ in Verbindung stehen, so ändere man an diesem Zustande vorläufig nichts. Die U.S.P.-Genossen müssen in diesem Falle selbstverständlich gefordert mit uns in Verbindung treten, unter Umständen ohne Wissen der U.S.P.-Kollegen.“

Man sagt die „U. B.“ in der Hauptsache:

„Unsere Genossen im Buchdruckerverbande werden sich nach alledem sehr ernsthaft zu überlegen haben, ob sie unter diesen Umständen auch fernerhin mit den U.S.P.-Kollegen Hand in Hand arbeiten können. Wenn die Kommunisten dazu übergehen, hinter den Rücken ihrer Freunde und der Reichsgewerkschaftszentrale der U.S.P. zu beraten, wie sie am besten die U.S.P.-Gewerkschaftler an die Wand drücken können, so schaffen sie als ehrliche, zuverlässige Bundesgenossen aus. Unsere Genossen haben nicht die geringste Ursache, sich zu Steigbügelhaltern der Anhänger Moskaus mißbrauchen zu lassen.“

So muß also selbst der Buchdruckeropposition von Außenstehenden bedeutet werden, daß ihre Ehe recht unnatürlich zusammengefaßt ist, weil der eine Teil unter Umständen den andern bemogeln soll.

Was die Buchdrucker fertig bringen, wenn sie auch „einsichtig orientiert“ sind, aber einen einigen, festen Willen haben, das beweisen unsere Kollegen in Ungarn leib, die sich als erste Arbeitergruppe gegen das Fortschandregiment aufgelegt haben und die schwere Reaktion Ungarns mit einem Streik ins Wanken brachten. Das war mehr ein politischer Kampf, geführt von einer Gewerkschaft, die von der „U. B.“ fälschlich als die „konterrevolutionäre Arbeiterchaft“ bezeichnet wird. Gäbe es in der Welt nur lauter solche ungarische Buchdrucker, dann stände es um die Arbeiterchaft in allen Ländern weit besser!

Die Opposition

Wie auf dem Gebiete der Regelung der Staatsangelegenheiten, ist auch auf dem Boden der Gewerkschaft die Gegenständlichkeit der Aufstellungen eine von jeder bekannte Erkenntnis. Im allgemeinen ist man heute gewohnt zu sagen: „Opposition muß sein!“ Eine Opposition lediglich um ihrer selbst willen läuft letzten Endes aber auf eine Negationsopposition und auf eine umhüllende Vergewöhnung von Ideellen als auch materiellen Kräften hinaus. Ganz natürlich fallen bei der Bearbeitung eines großen Fragenkomplexes die Lösungen der einzelnen Fragen nicht nach dem Wunsche jedes einzelnen Interessenten aus, was bei der so ungeheuer unterschiedlichen Veranlagung des Individuums im Charakter oder Wesen, im Geist und in der Auffassung auch niemals möglich sein wird. Leider ist man vielfach gegenwärtig zu wenig geneigt, sich in den Rahmen des Möglichen, des Wirklichen und des Praktischen einzulassen. Wer aber das weder kann noch will, ist nicht unlande, den zur Zeit so viel umkränkelten Begriff der Leistung praktischer Gewerkschaftsarbeit zu erschaffen.

Unberechenbar sind die Maßnahmen in ihren Wirkungen, die das staatspolitische Interesse erfordert, noch viel unberechenbarer aber diejenigen auf wirtschaftspolitischen Gebiete. Deshalb muß auch jeder Staatsmann ein hervorragender Diplomat sein. Vieldeutig gerade die Vergangenheit ein Beispiel dafür, wie leicht der Staatskargen in den Sumpf gelassen werden kann. So in jedem Gemeinwesen, im großen wie im kleinen, auch in unsern bewußten Staatswesen.

Nun liegen allgemein im Leben die Dinge doch so, daß jeder Beauftragte den Wünschen seiner Auftraggeber Rechnung zu tragen hat. Dieser Grundsatz hat auch für die Gewerkschaft Geltung. Ein Teil unserer Mitglieder verlangt jedoch, daß die mit der Interessenvertretung der Kollegenchaft Beauftragten durchaus ihrem Einzelwillen folgen, obwohl die Mehrheit der Auftraggeber resp. der Mitgliedschaft im Verband in verschiedenen Fragen anderer Auffassung ist. Es kann doch danach gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Führer des Verbandes dem Mehrheitswillen der Mitglieder entsprechend zu handeln haben. Dabei soll nicht verkannt werden, daß auch die Opposition nur das Beste will. Es ist zweifellos unter den Kollegen der Opposition eine Anzahl sehr tüchtiger Mitglieder, was bei aller Meinungsgegenständlichkeit anerkannt werden soll. Leider muß hierbei aber Bemerkung sein, daß es mit der heutigen Opposition doch eine etwas andere Bewandnis hat, als wie das in früherer Zeit der Fall war. Zweifelslos spielt das in so verschiedenen Nuancen abgeleitete Ziel hierbei eine entscheidende Rolle. Die parteipolitischen Verhebungen sind nicht ohne Erfolg geblieben und die Opposition hätte sicher nicht ihren heutigen Anhängerkreis, wenn der sozialdemokratische Parteiannexismus aller Richtungen hierzu nicht das Fundament geliefert hätte.

Entschieden in Abrede zu stellen ist, daß die Opposition der Kollegenchaft irgendwelche Garantien für die Erfolgsmöglichkeit bei Anwendung ihrer empfohlenen Maßnahmen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren kann. Es ist eben demnach auch ihre besten Absichten nur ein Experimentieren, und da muß es sich die Kollegenchaft natürlich sehr reiflich überlegen, ob sie sich lediglich als Versuchsinstrument benutzen lassen will. Daß der Kollegenchaft trotzdem der vielfach herbeigeforderte Waffengang mit der Prinzipalität für alle Zeit erpart bleiben wird, erscheint so gut wie ausgeschlossen. Schließlich muß ja die Gewerkschaft, wenn sie die Entwicklung des Buchdruckerwesens ein ehend betrachtet, auch den sich immer wiederholenden Schwamngesängen des Buchdruckerunternehmens ihre Ohren einmal verschließen.

Die Kollegen von der Opposition scheinen aber bei ihrem ganzen Zutreten zu leicht über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegzulaufen. Der Fortschritt der gesamten Arbeiterchaft ist doch nicht lediglich der Niederschlag der Wahrung individualistischer Interessen, sondern er ist auch ein Ergebnis der Entwicklung der Verhältnisse. Die Entwicklung in ihrem Lauf fällt weder Ochs noch Esel auf; an diesem Grundzuge hat sich bis heute noch nichts geändert. Glaubt die Opposition, daß sie insoweit ist, alle Kollegen um ihr Banner zu scharen, so befindet sie sich nur in einem großen Irrtum. So wenig man von einem Apfelbaum verlangen kann, daß er Felgen trägt, so wenig kann man auch von einem überzeugten Meinungsgegner die Verleugung seiner Denkart verlangen. Die Gesichtspunkte der Arbeiterbewegung dürfte zur Genüge dokumentarisch belegen können, wie sehr bisher der Radikalismus Schiffsbruch gelitten und welchen Schaden er unter der Arbeiterchaft angerichtet hat. Wir müssen es uns angewöhnen, mehr an ein Volkentumudschheim der Zukunft zu glauben, aber kühl und nüchtern mit der Gegenwart rechnen, weil die Zukunft eben zu unberechenbar ist. Zu den Betrieben aufrechte Männer heranzubilden und zu erziehen, ist eine der Hauptaufgaben in der Organisation. Dazu gehört vor allen Dingen, daß sich die Kollegenkreise der gegenseitigen Achtung und eines ebenbürtigen Vertrauens würdig erweisen. Das ganze Ansehen der deutschen Arbeiterchaft von der Richtung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bis zur Freien Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten) ist das Werk extremer Leidenschaften.

Nun zu der alten, von der Opposition so verhassten „Gewerkschaftsbureaukratie“ einige Worte. Dabei ist zunächst festzustellen, daß die „Gewerkschaftsbureaukraten“, da sie auch nur Menschen sind so gut wie wir alle, natürlich auch nicht frei von Schuld und Fehler sein können. Namentlich während der Kriegsjahre haben sie tatsächlich manches getan, was allen Ernstes ihrerseits besser unterblieben wäre. Wer aber darf hoffen, ohne zu vergehen? War nicht die im Jahre 1914 noch in Deutschland vorhandene verbotene Arbeitermafie schuld an diesem hier und da vorkommenden Straucheln der Führer und ihren Folgen? Zu 27%, Proz. war die gesamte deutsche Arbeiterchaft damals gewerkschaftlich organisiert. Und darf man darum die Verdienste, die sich diese „Gewerkschaftsbureaukraten“ sonst um die Organisationen erworben haben, überhaupt nicht mehr würdigen? Sicherlich kann keiner der Kollegen von der Opposition mit der alten „Gewerkschaftsbureaukratie“ um deren bereits erworbene Verdienste wetzeln. In einer Berliner Oppositionsversammlung konnte man es vor einigen Monaten ja erleben, daß von dem Oppositionsreferenten trotz einiger durch Zwischenrufe bemerkbarer Widersprüche der „Bureaukrat“ Massini als ein lehriger Interessenvertreter der Kollegenchaft signiert wurde, was jedoch nicht daran hindert, ein andres Mal wieder über „Massini und Trabanten“ zu orakeln. Wenn nun die Kollegen von der andern Fakultät gute Sozialisten sein wollen, als welche sie sich meist in ihren Versammlungen ausgeben, so dürfen sie aber ihren Grundgedanken gemäß bei der Kritik der Handlungen der „Gewerkschafts-

bureaukraten“ Urfaßen und Wirkungen niemals außer Betracht lassen.

Der Fatalismus kennt leider keine Grenzen und keine Vernunft. Das hat so recht deutlich die sich mit der Aufstellung der Kandidaten für die Wahl zu den Tarifinstitutionen befristete Verlammlung der tariftreuen Beihilfen des Tarifkreises VIII im Berliner „Gewerkschaftshaus“ am 27. Januar d. S. gezeigt, in welcher unsere eigenen Verbandskollegen sich teilweise eifrig bemühten, den Gutenbergsbüchern die Steigbügel zu halten. Auch ein Zeichen der Zeit und des „Fortfortschritts!“ So kann sich die Opposition natürlich nicht die Achtung der Gesamtmitgliedschaft erwerben. Höflichkeit Weiber können sich auch nicht anders betragen, als wie man es in jener Verlammlung von Führern der Berliner Opposition wahrnehmen konnte.

Was die Opposition an Erziehungsarbeit leistet, dafür nur ein Beispiel. Am 28. Februar d. S. fanden in Berlin die ersten Lehrlingsbezirksversammlungen statt. Nach den einleitenden Ausführungen des Bezirksleiters Störmer im Bezirke „Süddorf“ steigt ein im Jahre 1905 geborener und im Herbst 1920 in die Lehre getretener Gelehrerling in die Arena, um in längeren Ausführungen seine Mißbilligung über das Verausgehen der Lehrlinge gelegentlich der in Form einer Wirtschaftsbeihilfe den Beihilfen gewährten letzten Lohnzulage zum Ausdruck zu bringen. In sich nicht unbedeutend, denn wer wollte heute nicht die Vollstreckung der Lehrlinge bzw. deren Mißgebeobachten anerkennen. Die Herren Prinzipale mögen einmal an der äußeren Equipierung der Lehrlinge ihre Betrachtungen anstellen und sich dann die Frage vorlegen, wie soll es danach im Innern dieses jungen Nachwuchses ausfallen. Früher war es den Angehörigen des Buchdruckerwesens vom Lehrling bis zum Gehilfen einermahnen möglich, auf anständige Kleidung zu halten, doch leben heute die Finger Gutenbergs teilweise schon dem Lumpenproletariat verleiht ähnlich. Die Verlesung hat den Lehrherm mit großen Machtbefugnissen dem Lehrlinge gegenüber ausgetastet, dadurch sind die Lehrlingspreise jedoch ihrer sittlichen Pflichten durchaus nicht entbunden. Darum darf man wohl von der Prinzipalität verlangen, daß sie auch ihrer Fürsorgepflicht sich etwas mehr wie bis-her erinnern. Daß bei seinen Ausführungen aber dieser jeder Lebenserfahrung entbehrende und erst am Anfang des 16. Lebensjahrs lebende junge Ordensbürger den Kollegen Massini im Besonderen und die übrigen Beihilfenvertreter im allgemeinen in durchaus ungeschickter Weise angriff, um gefüllten Tischen derelben fassete, seine jungen Kollegen für die Verleumdungen der Opposition zu erwärmen suchte und zum Schluss eine den Anschlag an Moskau betreffende Resolution der Verlammlungsstellung vorlegte, ist wohl ein Novum in der Geschichte der deutschen Buchdruckerbewegung. Von jeder ist namentlich von parteipolitischer Seite mit der Jugendbewegung manch grober Anflug getrieben worden, was aber im vorstehenden Falle, durch die Opposition direkt oder indirekt praktiziert wurde, ist geradezu ein Verbrechen. Man konnte in der ergründigsten Weise durchaus nicht von dem Geiste der „Mittelpunkt“-menten beherrschten Lehrlingsversammlung nach den Worten des zurückgebliebenen Stretlers nicht im Zweifel darüber sein, daß derselbe Verbindung mit der Opposition hat. Wenn aber die Früchte der Erziehung von jener Seite in dieser Weise zu reifen beginnen, wie wird es dann um die künftige Weltverteilung ausfallen? Wäre es nicht für ein solch junges Menschenkind sibilicher und für die Gewerkschaft nützlich, wenn man es erst einmal Bausteine des Wissens zusammentragen ließe und zu einem tüchtigen Fachgenossen heranbilden würde, damit es im Erstgenannten später auch in der Lage ist, auf eignen Füßen stehen zu können? Oder ist dieser typographische Mikrokosmos vielleicht der Goethele „Zauberlehrling“ der Opposition? Dann mag man aber auch in jenem Kreise sich des dazu gehörigen Dichterwortes warnend erinnern: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los“. Mancher Arbeiterführer hat deswegen in den letzten Jahren schon traurige Erfahrungen machen müssen.

Was im allgemeinen der Kollegenchaft zum Schaden gereichen kann, muß natürlich bekämpft werden in geschlossener Einheitsfront. Gegenseitiges Vertrauen muß wieder in die Kreise der Organisation einzeln und die Vernunft die Gründerin eines neuen Weltgebäudes werden. Die gegenwärtigen, auch in der Gewerkschaftsbewegung bereits Platz gegriffenen Verwirrungen können letzten Endes einen geradezu katastrophalen Ausgang nehmen.

Kollegen! Die Urquelle aller Macht ist die Einigkeit!
Berlin. Rudolf Adam.

Schimpfen ist kein Beweis

Wenn ich für meine gewiß belächelten Ausführungen im „Korr.“ Nr. 17 die Überschrift „Erreißende Berichterstattung“ wählte und damit einen eigentümlich mehr an Plage gewesenen Ausdruck vermittelte, so ist es in der Erwartung, daß dieses Wort für den doch gewiß auch nicht ganz unbefangenen Berichterstatter des Berliner Hauses ein Hinweis auf seine Pflicht zu objektiver Berichterstattung sein würde. Bleichlich hatte ich da von einem Mitgliede des Berliner Gauvorstandes zuviel erwartet, immerhin aber zeugt es davon, daß ich einem nach meiner Meinung belächelten Abel zunächst durch eine gelinde Kritik abhellen wollte. Wenn niemand wird behaupten, daß die Berliner Berichte objektiv waren, es sei denn, der Betreffende legte keinen Wert darauf, ernst genommen zu werden. Das mag in diesem Falle Kollege Kurz mit sich abmachen, der sich tatsächlich in Nr. 23 des „Korr.“ zu dieser Behauptung verleiht, indem er keine Verwunderung darüber ausdrückt, daß ich „die Berichterstattung des

Berliner Gaus vor der breiten Öffentlichkeit in Mißkredit bringe", womit er übrigens die Wurzel des Übels nicht berührt. Wohl sind wir des Berechnens schuldig, die ungläublichen Zustände im Berliner Gau in die breiteste Öffentlichkeit getragen zu haben, aber das war notwendig, um sie nicht zu einem öffentlichen Skandal in der Berliner Gewerkschaftsbewegung werden zu lassen. Wir erhoffen doch durch Kritik noch eine Besserung. Ganz anders aber sind diejenigen zu suchen, die das Vereinsleben des Berliner Gaus auf ein so tiefes Niveau herabgedrückt haben.

Darüber hinaus hätte ich aber vom Kollegen Kurz eine Entkräftung meiner Kritik erwartet, wenn er sich schon zum Verteidiger des kritisierten Berichts aufwirft. Wenn er glaubt, daß ihm das gelungen ist, dann muß er wahrhaftig noch bescheiden sein als ich. Voran wage ich aber zu zweifeln, und es bleibt mir die Erklärung übrig, daß er mir eine unberechnete Kritik nicht nachweisen kann.

Während der Bericht behauptete, daß "Die Opposition" zum Zwecke der Wahlpropaganda herausgegeben wurde, zieht sich Kollege Kurz darauf zurück, das Erheben des Blattes jetzt als einen Zufall zu bezeichnen. Wie gelistesamt! Und während unsere Protestverlammlung in dem Bericht als eine Wahlverlammlung bezeichnet wurde, läßt Kollege Kurz jetzt nur noch die Vermutung offen, daß sie diesem Zweck gedient habe, indem er ausführt: "Ich schätze die Opposition nicht so unklar ein, als daß sie nicht wußte, daß die Wahlen doch vor der Tür standen." Das ist ja sehr schmeichelhaft, Herr Kollege, aber damit ist doch meine Behauptung nicht erschüttert, daß in dieser Verlammlung kein Wort über die Delegiertenwahlen gesprochen worden ist, sie also diesem Zweck doch unzulänglich gedient haben kann. Wo ist also der Beweis für eine ungeschickteste Kritik meinerseits? Es ist ein starkes Stück, wenn man so mangelhaft bewaffnet in den Kampf zieht.

Aber Kollege Kurz war sich dessen bewußt, und eine Stinkbombe gegen die Opposition soll ihn retten. Wer Unrecht hat, schämpt. So nennt er es mutig eine Unverschämtheit, daß ich behaupte, "Mißläufer sind dem Gauvorkande lieber als Mitarbeiter". Hier müßte ich mich allerdings erst mit dem Kollegen Kurz darüber auseinandersetzen, was er unter einem Mitarbeiter versteht. So ein ungeschickter Winkel wie der Berliner Berichtssteller (Ist das nicht geschimpft? Red.) würde meinen Anforderungen zum Beispiel nicht genügen. Wo trotz des harten Wortes am unrechten Platze glaube ich doch recht zu haben. Niemand wird behaupten, daß bei der Wahl von Parteimitgliedern auch eine Garantie für die Tüchtigkeit aller Gewählten gegeben ist, denn schließlich sind doch auf der jeweils unterlegenen Liste auch Kollegen, die man mindestens nicht unter den Schüssel stellen sollte. Wenn man dennoch immer wieder zu diesem Mittel greift, jegliche Urwahlen unterbindet oder zur Farce macht und dadurch nicht die Fähigkeiten der einzelnen, sondern seine politische Einschätzung als das Ausschlaggebende bewerkelt, so wird man mir wohl erlauben müssen, daß ich mich nicht an der Arbeit befähigte und gewisse Kollegen ausgeschlossen werden. (Für die Richtigkeit dieser Auffassung spricht auch der Vorwurf des UDSG, betreffs Betriebsrätewahl, worin verlangt wird, daß politische Listen unter allen Umständen zu vermeiden sind.) Nicht so im Berliner Gau. Und deshalb sind wir überall für Urwahlen eingetreten, und ich bin überzeugt, daß nur so die Organisationsaufgaben eine Zusammenlegung erfahren können, die trotz parteipolitischer Meinungsverschiedenheiten zu einer fruchtbringenden Arbeit für die Organisation befähigt sind. Ich verweise übrigens darauf, daß, solange man nach diesem Parteirezept verfährt, auch so lange Kämpfe zu führen sein werden, solange wir mehrere Arbeiterparteien haben; ganz abgesehen davon, daß hier das Glück wechselt. (Siehe Buchbinder und Hilfsarbeiter in Berlin.) Das alles aber hat der Berliner Gauvorkand noch nicht begriffen, hier ist die zur Zeit am Ruder befindliche Richtung Trumpf — bis sie ausgetrumpft hat. Wir finden uns damit ab, aber wir werden so lange kämpfen, bis wir die Kollegenschaft von der Verderblichkeit dieser Politik überzeugt haben und der Gauvorkand zur Aufgabe dieses unverantwortlichen Bruderzwistes gezwungen wird.

Kollege Kurz irr, wenn er glaubt, daß der gesunde Sinn der Berliner Kollegenschaft die Politik des Gauvorkandes gutheißt. Ich sage nicht, daß sich mutige Kollegen finden, die den Weg zeigen, wie wir zu einem geordneten Zusammenarbeiten als Gewerkschaftler kommen. Weiß Kollege Kurz, daß seine Parteifreunde in den verschiedensten Betrieben es abgelehnt haben, die gegen die Opposition gerichteten Flugblätter zu verteilen? Weiß Kollege Kurz, daß Parteifreunde von ihm es abgelehnt haben, auf den Kandidatenlisten zu den verschiedensten Wahlen zu figurieren und daß dann Kollegen ohne ihr Wissen und Wissen zu Kandidaten gewählt worden sind? (NB. Eine drohliche Illustation für die bei solchem Mangel garantierte Qualifikation.) Weiß Kollege Kurz, daß Anhänger der Opposition in den Betrieben sowohl wie in Bezirksverammlungen in aller Öffentlichkeit von seinen Parteifreunden gewählt worden sind, weil sie die größte Achtung auf allen Seiten genießen?

Es sei genug! Ich frage nur, was wollt ihr von der Opposition?

Ringt ihr euch zu dem Erkenntnis durch, daß so viele unserer Forderungen auch eure Forderungen sind, macht euch von der politischen Fessel frei, die euch in die nefte Sineschlichkeit von Personen gebracht hat, die bestenfalls den Willen, aber nicht die Fähigkeiten zur einheitlichen Führung einer Organisation haben, die bisher nur den Gegenstände zu vertiefen. Haltet sie abzustufen, erst nachher haben. Bringt endlich den ehrlichen Mut auf, die un-

bekehrbaren Fehler ansres Gauvorkandes einzustellen. Vernt aus den Fehlern der Vergangenheit! Dann können wir der immer enger werdenden Zukunft gefaßt entgegengehen und der bevorstehende unausbleibliche Kampf wird eine geschlossene Kollegenchaft finden.
Berlin-Neukölln. Otto Fiedler.

Schlimmeres als irreführende Berichterstattung

Das Thema "Irreführende Berichterstattung", das Kollege Fiedler (Berlin) in Nr. 17 behandelt, gläubige Kollegen G. Kurz in Nr. 23 zuungunsten der Opposition polemisch benutzen zu müssen und bricht für den Berliner Gauvorkand eine Lanze.

Wie tatsächlich auf der Seite der "praktischen Gewerkschaftler" in falliger Berichterstattung und darüber hinaus in Umlegen der Abstimmungsresultate gemacht wird, sei an folgendem Fall illustriert: In Berlin nahmen die Funktionäre am Sonntag, dem 13. Februar, den Bericht des Kreisvertreter Maximi über das Ergebnis der Tarifauschussverhandlungen entgegen. Die Debatte, geführt von insgesamt fünf Rednern, war ernst und sachlich. Einige temperamentvolle Zwischenrufe trafen kaum in Erscheinung. Die Gegner des Tarifgemeinschaftsgedankens hatten gute Resonanz in Anbetracht des überaus mageren Verhandlungsergebnisses und des Verhaltens der Prinzipale bei den Verhandlungen selbst. Die extremste Richtung verlangte lokale Aktion zur Durchsetzung der Forderung von 35 Mk. Kollege Fiedler dagegen legte im Namen seiner Freunde folgende Erklärung nieder:

In Erkenntnis dessen, daß eine Hebung unserer wirtschaftlichen Lage durch die bisher beliebte Lohn- und Tarifpolitik eine Unmöglichkeit ist, lehnen wir die angebotene Beihilfe als unzu reichend ab. Wir erwarten vom Verbandsvorstande, daß er endlich den Boden der bisherigen Lohn- und Tarifpolitik verläßt und zu Kampfmethoden greift, die den heuligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprechen; andernfalls müssen wir dem Verbandsvorstand und den Tarifinsanzen der Gehiltschaft die Verantwortung für die Verelendung der deutlichen Gehiltschaft überlassen.

Ein Resolutionsbandwurde der rechten Seite gestiftet darin, die Mittel der Organisation für den bestimmt zu erwartenden Abwehrkampf im — Mal (!) aufzulösen und empfahl schließlich Annahme des Abkommens.

Die Situation war ohne Frage kritisch für den Gauvorkand, was durch Organ und Geste unres "Barden" — wie stets in ähnlichen Fällen — erkenntlich war. So mußte also die "innvollere Ordnung im Gewerkschaftsleben" einsehen und Annahme der Fiedlerischen Erklärung verhindert werden. Man sagte zur Verhütung vorher bereits zu, dieselbe an den Verbandsvorstand weiterzugeben. Der Verbandsvorstand stellte dann auch, prägnant bei der Abstimmung im Tempo von zwei Sekunden die Mehrheit für die "Abwehrresolution" fest.

Ich behaupte hiermit, daß dieser Akt eine Fälschung der Willenshundegebung der Berliner Funktionäre darstellt, da die Mehrheit sich für Fiedler entschied. Es sei noch bemerkt, daß Wortmeldungen, die Aufklärung der ungläubigen Gehiltschaft zum Ziele hatten, gegen alle parlamentarische Sitte durch abweichende Handbewegung seitens des Verammlungsleiters abgelehnt wurden, wie dann auch die Verammlung unverzüglich geschlossen wurde.

Wenn Kollege G. Kurz meint, es lege dem Kollegen Fiedler oder der "Vereinigen Opposition" lediglich daran, den Berliner Gauvorkand in Mißkredit zu bringen, so irr er. Das befragt dieser selbst. Aber woran uns etwas liegt, ist, daß in unserer Organisation in wichtigen Fragen, die den einzelnen auf das Intenstivste berühren, die Entscheidungen nicht in der Hand einzelner Personen liegen. Man zeterne nicht über Verrohung unres Vereinslebens, wenn man selbst die schlechtesten Mittel zur Durchsetzung seiner vorgelassenen Meinung anwendet!

Wollen wir wieder sein ein einzig Volk von Brüdern, dann bemühe sich jeder auszumergen, was laut ist in der Organisation. Insofern haben diese Zellen wohl auch einige Bedeutung für andre als gerade Berliner Kollegenkreise. (Weshalb w.r sie verschiedentlich gemildert haben, denn in ihrer ganzen Schärfe wären sie nur gegen den Verfasser ausgehoben. Red.)

Auch ich bin überzeugt, daß der gesunde Sinn der Kollegen sich auf eine "innvollere Ordnung im Gewerkschaftsleben" einstellen wird und muß.

Berlin. Freudenreich.

Ankollegiale Überempfindlichkeit usw.

Wie könnte sie behoben werden? An Hand des natürlichen Menschenverstandes! Der menschliche Wille geht durch eine Panzerplatte, heißt es. Hauptliche ist und bleibt, daß er lauter li und gut es meint. Dann überwindet er die schwierigsten Gegenstände, mögen diese auch weit auseinanderliegen. Ist ein Vogel noch so groß, er wird die geringeren unter seinen Fiede genossen nicht angeln. Im Leben der Natur gewahrt man ja wunderbare Siege: der Frosch frisst man im freien fließend mit der Nase Futter aufspüren, ebenso wie der Adler und die Sperlinge sich nebeneinander über gut vertragen. Nach gewonnener Ensticht und Erfahrung, daß zu viel Schärfe Schaden macht, die niemand nützen, jedoch immer lähden, wird sich wohl ein Zug Gelassenheit von selbst einstellen, und auch von den Tieren der Opposition wird sich ein Weg der Bescheidenheit in die bislang geschmähten Niederungen der Mehrheit finden lassen, der beide Teile zum gemeinsamen Ziele führt, wo wahre Kollegialität den Sieg verbürgt.

Es ist doch sonderbar, daß politisch scharf linksstehende Kollegen so feindsüchtig sind, wenn ihr Tun oder Lassen

Widerspruch erweckt. Wird dieser von jemand gewagt, markiert sofort ein Viertelbeugend "Stanonon" auf, ihn wiederzudonnern oder möglichst zum Schwören zu bringen. So schnell geht das zwar nicht, denn auch die "Stanoniere" sind nicht allemal Engel. Aber zwei Jahre schon heißt es "Verbands- und Gewerkschaftsbongez"; auch sonst im und außer Beruf sagt, ich über schreit es aus ihren Reihen: "Bongez", "Bongez" und wieder "Bongez". Dit kommt es noch dazuer: "Kapitaltsknechte", "Veräuler" usw., so lauten die Siofenamen für die Kollegen, die, berufen von dem Vertrauen der großen Gesamtheit, ihr Einmen und Trachten und sich selbst einsehen für die Eringung einer geistigen, geidlichen und geistlichen Weiterstellung der Gehiltschaft, für die Wohlfahrt des Verbandes. Trob- alledem schiebt man ihnen die Schuld zu von allen Tod und Teufel, am Kriegsausbruch und dem ganzen Geolge von Miten, die uns umlauern und angreifen, obgleich Jedermann bekannt sein muß, daß der Krieg von heute auf morgen kam und jeglicher davon überrascht und erschüttert war, wie durch ein Elementarereignis gleich Erdbeben oder Blitzen aus heltemer Himmel.

Selt Jahr und Tag durchgeht förmlich ein Kalen unsre Zusammenkünfte. Oppositionsredner belechten scharenweise die Tribunen und sprachen an den Berammlungen und Tagesordnungen vorbei und fast nur von der Vollstcht der Gewalt, obwohl man ausnahm, daß wieder Friede, wenn auch ein ladenknechtiger, ist, unter dem dieleisch möglich, unter erheblichen Anstrengungen manche Wunden verharfen.

Jedoch soll er nicht einsehen im Verbands. Der Gegeneredner Schönebergs beleuerte im "Siorr.", daß er seinerzeit einen Kursten nicht als Vorstehenden wünschte, sondern nur als Sekretär angestellt, da der Vorstand aus beruflich Tätigen bestehen sollte. Kann sein, daß ein Teil seiner Worte durch Gerüchte übertröt wurde; für ein Unterleichenwollen kland kein blauer Gedanke. In der Hauptfache schlägt jeder Wurm die Logik in die Flucht. Kenn Berufsleute sind die in Gau- und Verbands-ureaus tätigen Personen, denen ein Jurist weitstend gegenübersteht, der aber einen Stellungslosen Kollegen mehr schellit, was unser Herz schwerer und den Verbandsfädel leerer macht. Auch ist meines Erachtens nicht darauf zu schwören, daß der Paragraphenritter, fest angestellt, den Gau immer zuungunsten seiner Auftraggeber tummelt und nicht auch manchmal von der — andern Seite sich rühren läßt.

Zurückkehrend zu dem Querröner Schönebergs, Bel der letzten Delegiertenwahl hatte er die Bezirksverammlung bestimmt, daß über fast 40 Delegierte einzeln abgestimmt und jeder einzelne befragt werden mußte, ob er annimmt, was einer Postle gleichsam mit dreiviertel Stunden Zeitvergeudung, während die Abstimmung über die Liste insgesamt auf einmal in fünf Minuten glatt zu erledigen war. In der darauffolgenden Bezirksverammlung nannte derselbe Redner die Delegierten "schamlos", weil sie in der Generalverammlung nicht für eine Urwahl gestimmt hätten, die er gewollt. Ich, das ist richtig? Jetzt dies von Empfindlichkeit gegen gleichberechtigte Mitwähler? Ob er nicht selber oft ein Märdchen gemacht und in leeres Stroh gekollert?

Die da, "Brustfall!", "Mallin-Tabrauben" usw. Im Munde führen, müssen doch bedenken, daß sie mit ihren Straden plekstantend die Beratungen nur aufhalten, mit dem Ergebnisse: viele schale, selten schöne, häufig eitle Worte. Zahlreicher, die keinem nützen, jedoch Müßliches verhindern.

Daß die Mehrheit eine Spaltung des Verbandes wolle, ist durch nichts zu erweisen; das Gegenteil wiederholt hat ein Trupp Oppositioneller die Genratverammlungen spontan verlassen; drohend, lobend, schimpfend und zeternd, unter Ruken, wie: "Wartet nur, auf dem Marsch ist die Diktatur!" Oder: "Die allergrößten Märdler wählen ihre Metzger selber!" Es ist nicht lange her, daß den Andersdenkenden noch härtere Argumente an den Stopf geworfen wurden.

Daß eine Delegiertenverammlung eine Vorstandswahl in der gleichen Logung einer Urwahl vorzieht, ist statutarlich das Recht der Delegierten. Solche Entschlreibungen sind vom Kollegen Maximi oder andern Vorstehenden unabhängig. Er hätte die Urabstimmung nicht vornehmen dürfen, wenn er auch gewollt hätte; was vielleicht ohnedies der Fall war. Eine Vorhaltung nach dieser Hinsicht ist deplaciert. Es handelte sich doch um eine Wahl und kein Diktat.

Die Mehrheit bilden nicht bloß bejahrte Kollegen, es sind alle Altersstufen vertreten, auch sehr viele junge Kollegen. Die älteren haben manchen Straub mit den Unternehmern ehrenvoll durchgekämpft, Sungen und Entbehrungen nie gekent, auch gute Konditionen in die Schanze geschlagen, wenn es galt, für die Kollegenschaft sich einzusetzen, durchdringen von dem Teigegebenen; Einer für alle und alle für einen. Aber nie umg-behrt: Einer für alle und alle gegen einen!

Die Abdrückung ist nicht ein Produkt der Mehrheit, sie wird geistlich schon länger bei der Gegenseite gefaßt, wie hinlänglich bekannt ist. Sind drei Ausstellungen etwas andres als Anlässe auf Scheidung der Geister? Aber doch nicht veranlaßt durch die Mehrheit.

Abtragen sie hier unumwunden zuzugeben, daß es auf Seite der Opposition achtbare Intelligenzen und Kollegen gibt, die verdienstlich in der Kollegenschaft gewirkt haben. Wieviel mehr vermöchten sie, wenn sie endlich das Kampf- teil gegen Kollegen gemäßiger Auffassung begraben und nicht mehr der Vergangenheit nachhängen würden, an der doch nichts zu ändern ist. Die Gegenwart und nahe Zukunft erfordern alle wie einen Mann zum Auf- und Ausbau der Verbandsaufgaben, zum allmählichen Abbau des Geldtöges Kapitalismus usw. Dem ist nötig: Aufgeben aller Empfindlichkeit, Eidselbstbeben der über-

Das Reichsmietengesetz im Reichswirtschaftsrat

Seit Jahr und Tag ist man bemüht, eine Dedung für die zum Wohnungsbau notwendigen Zuschüsse zu finden. Schon der Nationalvermittlung lag die Aufgabe ob, ein Gesetz zur Erhebung einer Mietssteuer zu verabschieden; die Nationalvermittlung war jedoch, da sie früher nach Hause geschickt wurde, als ursprünglich beabsichtigt worden war, nicht in der Lage, in dieser Hinsicht etwas zu tun. Nun hat die Reichsregierung vor einigen Wochen dem Vorkläufigen Reichswirtschaftsrat sowie dem Reichsrat den Entwurf eines Reichsmietengesetzes zugehen lassen. Nach diesem Entwurf soll die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens aufrechterhalten und feste Regeln für die Berechnung einer gesetzlichen Miete geschaffen werden.

Die Berechnung der gesetzlichen Miete soll geschehen auf Grund der im Juli 1914 vereinbarten Miete. Nur wenn erhöhte Betriebs- oder Instandhaltungskosten notwendig geworden sind, darf eine Steigerung dieser Miete erfolgen. Die hiernach zulässige Erhöhung der Miete wird von der Landesbehörde oder von der Gemeindebehörde in Prozenten auf die Friedensmiete festgelegt. Dem Mieter wird in dem Entwurf ein Einfluß auf die Ausführung notwendiger Instandhaltungsarbeiten insofern eingeräumt, als er berechtigt sein soll, einer unparteilichen Stelle die Entscheidung darüber zu unterbreiten. Diese unparteiliche Stelle kann die Durchführung ihrer Anordnungen unter Umständen erzwungen. Eine unbillige Steigerung der Miete darf die Vornahme umfangreicher Instandhaltungsarbeiten nicht zur Folge haben.

In Häusern bis zu acht Wohnungen sind die Mieter berechtigt, einen Vertrauensmann, in Häusern mit mehr als acht Wohnungen einen aus drei Personen bestehenden Mieterausschuß, und zwar in geheimer Wahl, zu berufen. Dem Vertrauensmanne der Mieter oder der Mieterausschuße wird das Recht eingeräumt, im Benehmen mit dem Hausbesitzer die Notwendigkeit von Instandhaltungsarbeiten festzustellen, diese Arbeiten gemeinschaftlich mit dem Vermieter zu überwachen sowie schließlich die Ausführung zu prüfen.

Der Wohnungs- und Siedlungsausschuß des Reichswirtschaftsrats hat sich bereits in mehreren Sitzungen mit dem Entwurf des Reichsmietengesetzes, dessen endgültige Verabschiedung natürlich dem Reichstage vorbehalten bleibt, befaßt. Der § 1, der „Gesetzliche Miete“ überdrieben ist und aller Wahrheitsähnlichkeit nach den Zweck haben soll, die Höchstmietensätze bis zu einem gewissen Grade aufzuheben und dafür eine Vertragsfreiheit bringen soll, ließ die Gekler im Wirtschaftsrat bereits aufeinanderstoßen. Ein Antrag Willert verlangte, daß der § 1 und damit das ganze Gesetz derart gestaltet werden sollte, daß der Mieter durch die gesetzliche Miete dem Vermieter gegenüber einen Rückhalt bekommt, und daß der Grundgedanke des Gesetzes beibehalten, nicht aber ins Gegenteil verandelt wird. Seltens der Regierung und Unternehmerverteiler wurde dieser Antrag bekämpft und ein entgegengelegter Antrag eingebracht. Der Antrag Willert vereinigte 65 Stimmen auf sich, während 63 Anwesende dagegen stimmten. Später wurde eine Gruppenabstimmung vorgenommen, bei welcher Stimmengleichheit ergab wurde (64:64). Als dann der Unternehmerantrag abgelehnt wurde, erklärte ein Vertreter der Unternehmer namens eines großen Teiles seiner Kollegen, daß diese nunmehr an der weiteren Beratung des Gesetzes kein Interesse mehr hätten. Angenommen wurde u. a. ein Paragraph der Vorlage, der bestimmt, daß die Miete für leer oder möbliert weitervermietete Räume in einem angemessenen Verhältnis zum Hauptmietzins stehen muß, und daß das Einigungsamt eventuell die Höhe der Untermiete festlegen soll. Ein weiterer Paragraph, der ebenfalls Annahme fand, nimmt Neubauten oder durch bauliche Veränderungen neu geschaffene Wohnungen von dem Gesetz aus, wenn sie nach dem 1. Januar 1917 bezugsfertig geworden sind. Von der in Aussicht genommenen Wohnungsteuer sollen befreit sein die vom Reiche, den Ländern, den Gemeinden oder anderen öffentlichen Gebäuden, ebenso Universitäts- und Unterrichtsgebäude, Kirchen, Kapellen und andere religiösen Zwecken dienende Gebäude, Krankenhäuser, Armenhäuser; ferner Gebäude, die der Volkswohlfahrt dienen, milde Stiftungen, Bewahr-, Alters- und Kinderheime, Volks- und Gewerkschaftshäuser, wenn sie ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen.

Ein abschließendes Urteil über die Vorlage zu geben ist man nach dem, was man bisher darüber gehört hat, noch nicht in der Lage. Die geplante Steuer müßte vor allen Dingen so gestaltet werden, daß die kleinen Einkommen freigelassen werden; sie hat Rücksicht zu nehmen auf kinderreiche Familien und muß zu einer wirklichen Zugsteuer umgestaltet werden. rk.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Öppingen. Ihre Verlesung am 22. Februar verurteilte aufs Schärfste die minimalen Sätze der vom Tarifausschuß bzw. Reichsarbeitsministerium festgelegten Wirtschaftsbefehle. Es kam folgende Resolution zur Annahme: „Die Gehilfenschaft des Ortsvereins Öppingen kann in der Bewährung der Wirtschaftsbefehle für Februar-März-April den Ausgleich nicht finden, welcher notwendig gewesen wäre, um sie für die übrigen Industrie- und Gewerkschaften gleichzustellen, resp. erforderlich gewesen wäre, um ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Nur unter dem Zwange der Verhältnisse und in Erwartung darauf, daß die in nächster Zeit stattfindende Regelung des Lokalausgleichs den erwarteten Ausgleich bringen wird und muß, leben die Gehilfen Öppingens davon ab, Schritte auf eigene Faust zu unternehmen.“

Gotha. Ihre Verlesung am 19. Februar zersplitterte zunächst mit großer Mehrheit die Wiederwahl des Kollegen Andreas Freund als Ortsvereinsvorsitzenden. Ein ausgemerter Kollege wurde aufgenommen und außerordentlich beschloß, den Beiräten im letzten halben Jahre die Teilnahme an den Versammlungen zu gestatten. Unter „Gehilfenschaft“ gab der Vorsitzende bekannt, daß nach langen Bemühungen die Erklärung einer Buchdruckerfachschule bei der hiesigen Sandwerkhalle zu Ostern 1921 gelungen ist. Hierauf ergab sich Bauvorleser Prof. (Weimar) das Wort zu seinem Vortrag: „Die Forderungen der Gehilfen und die Tarifausgleichung in Leipzig.“ In sehr eingehenden Ausführungen beleuchtete er die Tarifverhandlungen, die leider zu einem so kläglichen Ergebnisse für die Gehilfenschaft geführt haben. Nachdem die Verhandlungen schon kritisiert, wurde beschlossen, sich mit dem Ergebnisse zufriedenzugeben, da kein anderer Ausweg möglich war. Ein Antrag auf Annahme der Leipziger Resolution wurde abgelehnt. Nach Entgegennahme des Kartellberichts wurde festgestellt, daß entgegen dem Beschlusse des Ortsvereins die Delegierten für die Annahme des „Offenen Briefes“ der Kommunisten gestimmt hätten. — Am Sonntag, dem 20. Februar, fand eine Ortsvereinskonferenz des Bezirkes Gotha statt. Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen und des Stellenberichts gab auch hier Bauvorleser Prof. ein kurzes Stimmungsbild von den Verhandlungen in Leipzig. Von verschiedenen Rednern wurde geäußert, daß man erwägen habe, daß infolge des ablehnen Standpunktes der Prinzipale einmal zum Streik aufgerufen werden würde. Die Unzuliebeheit mit dem Ergebnisse führte zur Annahme folgender Resolution: „Die Zulage resp. Wirtschaftsbefehle wird als völlig ungenügend bezeichnet. Die Gehilfenvertreter werden aufgefordert, in Zukunft auf den einmal gestellten Forderungen im wesentlichen unbedingt stehen zu bleiben und keinem Schiedsgericht sich zu unterwerfen, resp. kein Schiedsgericht anzurufen. Ferner wird erwartet, daß die Gehilfenvertreter mit aller Macht darauf hinwirken, daß die Lokalausgleichsangelegenheit anderweit geregelt wird, um die bestehenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Die Ortsvereinskonferenz erucht ferner den Verbandsvorstand, alle Schritte zu unternehmen, um recht bald zum Graphischen Industrieverbande zu kommen.“ Zum Schluß wurde eine Aussprache über die jüngsten Vorgänge in den Gewerkschaften, insbesondere über den „Offenen Brief“ der Kommunisten gehalten. Die Kommunisten verhielten sich mit allen Mitteln, die Gewerkschaften zu spalten. Dem müsse entgegengetreten werden. Als unsere Hauptaufgabe gilt die gewerkschaftliche Einheitsfront der Arbeiter. Die Spaltungsarbeit hat an einzelnen Orten bereits zur Gründung kommunistischer Gewerkschaftskartelle geführt. Wo dies der Fall ist, wird empfohlen, eigene Ortsstellen auf der Grundlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu gründen. Der „Offene Brief“ der Kommunisten fand Ablehnung, da er nicht ehrlich gemeint sei. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Der Bezirks-, Gau- und Verbandsvorstand werden beauftragt, kein Mittel unverzüglich zu lassen, die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten. Es muß die nötige Unterstützung in den Gewerkschaften sowohl mündlich als auch schriftlich erfolgen, damit die Säulen und Säulen auf ihre gewerkschaftliche Pflicht aufmerksam gemacht werden.“

-ch. Hannover. Unter Kreisvertreter, Kollege Pfingsten, erstattete in einer sehr zahlreich besuchten Mitglieder-versammlung am 17. Februar Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses, dabei die großen Schwierigkeiten der diesmaligen Tagung schilderte. In der Aussprache wurde das geringe Entgegenkommen der Prinzipalität als ein Schlag ins Gesicht der Gehilfen bezeichnet. Wenn auch einige wenige Sachen etwas im Preise gesunken seien, so ständen doch die meisten Bedürfnisse, besonders die Kleinen, noch so hoch im Preise, daß es den wenigsten Buchdruckereheleuten möglich sei, ihre vollständig heruntergekommenen Vorräte zu verwerten. Vor allem müsse ein allgemeiner Preisabbau der notwendigen Bedarfsartikel gefordert werden. Nur

wenn wir wieder vor vollendeter Tatsache ständen, könnte man den getroffenen Abmachungen wider Willen zu. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Verlesung das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise.

Strimmittschau. Infolge der wichtigen Tagesordnungspunkte: „Die neue Wirtschaftsbefehle und die Einführung des 12,5-prozentigen Lokalausgleichs“, konnte die Verlesung am 19. Februar den Besuch fast aller Kollegen verzeichnen. Die in Leipzig gefassten Beschlüsse des Tarifausschusses fanden keine günstige Aufnahme. Die geringfügige Wirtschaftsbefehle sollte eine ernste Aussprache, in welcher zum Ausdruck kam, daß die auf diese Tagung gezielten Hoffnungen stark enttäuscht haben.

Münden (Weil.). In der außerordentlichen Versammlung am 18. Februar erörterte der Vorsitzende die letzten Beschlüsse des Tarifausschusses. Nach einer lebhaften Debatte, in welcher die Unzufriedenheit der Wirtschaftsbefehle hervorgehoben wurde, fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der man aus tatsächlichen Gründen trotzdem dem Beschlusse zustimmte. Sodann wurde die Lokalausgleichsfrage eingehend besprochen, da Münden in die Serwikstraße C gerückt ist. Es wurde beschlossen, mit allen verfügbaren Mitteln den höheren Zuschlag zur Einführung zu bringen.

München. In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung erstattete Gehilfenvertreter Hemmerich Bericht über die Verhandlungen der Tarifausgleichung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 19. Februar 1921 tagende Versammlung der Mitglieder des Münchener B. d. B. D. B. drückt ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Prinzipale der wirtschaftlich schlechten Lage der Gehilfen so verständnislos gegenüberstehen. Einmütig ist die Verlesung der Auffassung, daß nicht die immer behauptete „unerträgliche Belastung des Gewerbes und ihre Gefahren“, sondern lediglich der Mangel an gutem Willen für die Fällung der Prinzipale maßgebend und die Anrufung des Reichsarbeitsministeriums notwendig machend waren. Der Einigungsbeschlusse des Reichsarbeitsministeriums ist kein auch nur einigermaßen den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragendes Ergebnis. Verwunderung erregt die Zustimmung des Schlichtungsausschusses, daß eine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung seit Oktober 1920 nicht nachweisbar sei. Die Zahlung der ohnehin unzulänglichen, diesen Namen durch nichts verdrängenden, Wirtschaftsbefehle in drei Prozentsätzen macht diese noch bedeutungslos. Unverständlich ist die völlige Ausschaltung der Klasse A. Das so oft betonte lokale Verständnis der Prinzipale hat auch in diesem Falle wieder kläglich Scheitern gefunden. Die Gehilfen Münchens protestieren entschieden gegen eine Fortführung der bisher betriebenen Almosenpolitik der Unternehmer und fordern baldige neuerliche Verhandlungen des Tarifausschusses, die die im letzten Abschlusse niedergelegten Ungleichheiten einen den drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen der Gehilfen gerechter werdenden Ergebnis entgegenführen.“

Nürnberg. Die von über 400 Kollegen besuchte Versammlung am 16. Februar ehrte den verstorbenen Vorsitzenden des ADGB, Karl Eggen nach einem warmen Nachruf durch den Vorsitzenden sowie einen verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Nach Bekanntgabe einiger örtlicher Angelegenheiten wies der Vorsitzende auf einen Artikel in der hiesigen mehrheitssozialistischen „Tagespost“ hin, der das Erleben der hiesigen Kommunisten und ihr Lebenswerben um die Angehörigen der vier graphischen Berufe am Orte schilderte, das auf Gründung der berühmten Kelmzinsen hinauszielte. Der Vorsitzende eruchte die Kollegen, diesen Gewerkschaftszerstörern die Türe zu weisen; denn nur die festgefägte Gewerkschaft biete die Gewähr, daß die Arbeiterklasse gegenüber dem eintigen Unternehmer einen Fall habe. Hierauf referierte Kollege Hemmerich (München) über die letzte Tarifausgleichung. Er gab ein Bild von den Verhandlungen und erstete am Schluß für seine sachlichen Worte reichen Beifall. In der Diskussion kam allgemein die Enttäuschung über das geringe lokale Verständnis der Unternehmer zum Ausdruck. Eine von einem Kollegen eingebrachte längere Resolution, in der dies Verhalten besonders gebrandmarkt wurde und weitere Schritte gefordert wurden, wurde von der Versammlung zwar abgelehnt, aber der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Kollegenschaft in Zukunft einla und geschlossen hinter ihren Führern stehen müge. Im übrigen erklärte man sich mit den Darlegungen unfres Gauvorlesers einverstanden.

Worzhelm. Die Versammlung am 19. Februar befaßte sich u. a. auch mit dem Ergebnisse der letzten Tarifausgleichung. Die diesmalige Tagung des Tarifausschusses hat uns mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß durch Teuerungsulagen ein Ausgleich in der wirtschaftlichen Notlage niemals zu erwarten ist. Hilfe muß aber unbedingt werden. In der Aussprache wurde auch der Weg gezeigt, der beschritten werden soll. Nachfolgende Resolution fand Annahme: „In Anbetracht der Tatsache, daß die fortgeschrittenen Lohnbewegungen die Arbeiterklasse nicht vorwärts bringen, vielmehr bei den unumgänglichen Teuerungsulagen die Lebensbedingungen immer unerträglicher

werden, fordert die Mitgliedschaft Pforzheim vom Verbandsvorstand und vom Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sofort Schritt zu unternehmen zur Senkung der Preise und Bekämpfung des Wucher- und Schleihhändlerlums. In Würdigung des Umfanges, daß den deutschen Gewerkschaften durch Einigkeit und Geschlossenheit die Abwehr des Knapp-Pulsches so glänzend gelungen ist, steht unsre Mitgliedschaft auf dem Standpunkte, daß es durch Anwendung derselben Mittel möglich sein muß, bessere Lebensverhältnisse für das deutsche Volk herbeizuführen, zumal der größte Teil des Bürgerlums geschlossen für diese Forderung mit eintritt."

M. Plauen i. V. In einer mittelmäßig besuchten Versammlung am 19. Februar nahm die Gehilfenschaft Stellung zu dem Ergebnisse der Tarifausschubföhrung. Trotz vollster Würdigung der Tätigkeit der Gehilfenvertreter waren die Verammelten entrüstet über das minimale Resultat, protestierten ganz entschieden dagegen und verurteilten aufs schärfste die Haltung der Prinzipalsvertreter. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Inaktivität der Buchdruckunternehmer auch in unserm Gewerbe über kurz oder lang zum wirtschaftlichen Kampfe führen muß. Mit dieser Tatsache müsse die Gehilfenschaft rechnen und danach streben, zu gegebenem Zeitpunkt gerüstet zu sein. Im jetzigen Moment müsse man sich, wenn auch widerwillig, abfinden. Das Ergebnis der Wahlen zum Tarifschiedsgericht und Bezirksberufungsausschüsse wurde zur Kenntnis genommen. Vorherrscher des Schiedsgerichts Plauen III wiederum Kollege Hermann Behrens. Verurteilt wurde noch die Tätigkeit eines Feuerwehmanns (gelernter Steindrucker) in städtischen Diensten, der als Berufsfeuerwehmann angestellt ist und in seiner freien Zeit eine Steindruckpresse bedient. Diese Angelegenheit werde zur Weiterverfolgung dem Graphtischen Kartell übertragen.

J.-r. Steffin. Am 16. Februar sagte hier eine aufbelebte Versammlung der Gehilfen des Tarifkreises XI, die Stellung nahm zum Ergebnisse der Tarifausschubföhrung in Leipzig. Den Bericht erstattete Gehilfenvertreter W. Reinke. Eingangs streifte er all die Schwierigkeiten, die den Gehilfenvertretern seitens der Prinzipalität gemacht wurden, um überhaupt zu einer Verhandlung zu kommen. Er schilderte weiter, wie treffend und ausführlich die Gehilfenredner verfuhr hatten, die Prinzipalität von unsrer Forderung zu überzeugen; jedoch seien alle Worte gegen eine Mauer gerichtet gewesen. Am Schlusse seines ausführlichen Referats erluchte Kollege Reinke die Kollegen, alle Momente, die bei der Tagung mitgespielt hätten, bei der Aussprache in Erwägung zu ziehen und sachlich und gerecht Kritik zu üben. In der nun einleitenden lebhaften Diskussion wurde das Verhalten der Prinzipale vor und während der Tagung von allen Rednern scharf gekennzeichnet. Lebhaft wurde bedauert, daß man die Jungausgelernten und die Klasse A habe leer ausgehen lassen. Durchaus ungerechtfertigt sei die Einstellung nach Lokalzuständen. Es wurde dem Gehilfenvertreter angedeutet, für die Zukunft derartige nicht wieder mitzumachen und den Herren ein glattes „Nein“ entgegenzusetzen, denn die Gehilfenschaft sei gewillt, die daraus entstehenden Folgen bis zur letzten Konsequenz zu tragen. Es sei doch nur noch ein Ringen ums Dasein, ein Ringen um die Existenz, um das tägliche Brot und um sich vor vollständiger Verklumpung zu bewahren.

Waldenburg i. Schl. Unsre Generalversammlung fand am 15. Januar statt. Die Vorstandswahlen erledigten sich glatt, indem der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Der Ortsvereinsbeitrag wurde auf der gleichen Höhe belassen. Den Jahresbericht erstattete Vorherrscher Köchel. Außerdem kam der Kartellbericht zum Vortrage. Am 27. Januar fand ein von Lehrlingen und deren Eltern gutbesuchter Lehrkräftabend statt. Vorherrscher Köchel stellte in längeren Ausführungen die Gründung der Lehrkräftabteilung sowie das Betriebsrätegesetz. Es rächte sich sehr bitter bei vor und während des Krieges betriebene Lehrkräftschüler. Am Schlusse seiner beifälligen ausgenommenen Rede brachte Kollege Köchel noch die Typographische Vereinigung in Erinnerung. — Die Februarversammlung befaßte sich ausschließlich mit der neuen Steuerungsulage bzw. Wirtschaftsbeiträge. Das Referat erstattete unser Vorherrscher Köchel, der als Organisationsvertreter zu den Tarifverhandlungen nach Leipzig entsandt war. Die hiesige Gehilfenschaft erkannte die schwierige Situation, in der sich die Gehilfenvertreter befinden, an, gibt sich mit dem wenig Erreichlichen notwithstanding zufrieden, bedauert aber, das soziale Verständnis der Prinzipale höher eingeschätzt zu haben, als es durch die Verhandlungen des Tarifausschusses zum Ausdruck gekommen ist. Scharf kritisiert wurde auch, daß die ledigen Kollegen bis 21 Jahre leer ausgehen mußten, zumal ein Lediger unter fremden Leuten sowieso schon alles teurer bezahlen muß. Da eine Druckerei auch die unter 21 Jahre alten Kollegen mit der Steuerungsulage bedachte, wurde beschlossen, auch in den anderen Druckereien vorstellig zu werden.

Zittau. Unsre Mitgliedschaft nahm am 20. Februar in einer gutbesuchten Versammlung Stellung zum Ergebnisse der Tarifausschubföhrung. Der Vorherrscher gab einen ausführlichen Bericht über die diesmaligen Verhandlungen, dabei hervorhebend, daß unsre Vertreter wohl erfreulicherweise recht überzeugend und auch kräftige Worte für die Kennzeichnung unsrer Forderung und für die Berechtigung unsrer Forderungen gefunden hatten, daß aber zum Schlusse hinter ihren Worten nicht der Wille zur Tat gestanden hat. Unsre Vertreter hätten dieses durchaus ungenügende Ergebnis ablehnen und die Entschiedenheit der Kollegen anrufen müssen. Alle Diskussionredner machten ihren Ansat über das direkt unwürdige Ergebnis in zum Teil recht scharfen Worten Luft; alle erklärten das Ergebnis

für unannehmbar und verurteilten den Umsat unsrer Vertreter. Folgende, aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung des Ortsvereins Zittau legt energischen Protest ein gegen das Ergebnis der letzten Tarifausschubföhrung. Sie bedauert außerordentlich das unfaire Verhalten der Prinzipalsvertreter. Aber auch mit dem Verhalten der Gehilfenvertreter kann sie sich nicht einverstanden erklären. Wenn erklärt wurde, daß die Forderungen von 35 Mk. unbedingt aufrechterhalten werden müßten, so dürfte unter keinen Umständen davon abgegangen werden, sondern es müßten auf die bestimmte Ablehnung der Prinzipale hin die Konsequenzen gezogen werden. Die Gehilfenschaft hat geschlossen hinter ihren Vertretern. Durch das letzte Ergebnis der Tarifausschubföhrung ist die Gehilfenschaft aus neue dem Abend überantwortet worden. War schon der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums nicht annehmbar, so bedeutet die Umänderung desselben nach eine wesentliche Verschlechterung für die Gehilfen, weil dadurch die Grundlagen für spätere Verhandlungen ungünstiger der Gehilfen verschoben werden. Wenn so weiter wie bisher die berechtigten Forderungen der Gehilfen von unsern Vertretern fallen gelassen werden, so ist es nicht zu verwundern, wenn die gewerkschaftliche Disziplin in die Brüche geht. Die Versammlung erklärt deshalb das Ergebnis für unannehmbar und erwartet vom Verbandsvorstande die Vorbereitung der notwendigen Schritte.“

□ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Weitere Erhöhung der Postgebühren in Sicht. Nach neueren Beschlüssen des Reichstagsausschusses zur Verabreichung eines neuen Postgebührengebühres wird die Postgebühr für Postkarten im Ortsverkehr 30, im Fernverkehr 43 Pf. Ansichtspostkarten (mit nur fünf Worten auf der Vorderseite außer der Adresse) 10 Pf., Ortsbriefe bis zu 20 g 40, Fernbriefe bis zu 20 g 60 Pf., bis zu 100 g 80 Pf., bis zu 250 g 1,20 Mk. betragen; Drucksachen bis zu 20 g 10 Pf., bis 50 g 15 Pf., bis 100 g 30 Pf., bis 250 g 60 Pf., bis 500 g 80 Pf., und bis 1000 g 1 Mk., für gewöhnliche Pakete in der Kategorie 3 Mk., in der Kategorie 4 Mk. Der Termin für die neuen Postgebühren wird erst später durch Beschluß des Reichstags festgelegt.

Verdeutlichung verblichener Handschriften. Man bringt ein mit salpeteraurem Silberoxyd präpariertes Papier auf das verblichene Dokument und beläßt es zwölf oder mehr Stunden in enger Berührung mit diesem, um es dann dem vollen Licht auszusetzen. Die Wirkung der Fäulnis auf das Silberchlorid erzeugt eine Reaktion, die von dem Sonnenlicht vollendet wird: das Silberchlorid wird zu metallischem Silber reduziert, und die Buchstaben heben sich nun in Metallglanz von dunklem Grund ab. Zwar ist es unumgänglich, dieses Bild bleibend zu gestalten, doch ist es immerhin eine kurze Zeit lesbar. Noch dunklicher wird die Schrift, wenn man das Papier nach dem Erponieren den Dämpfen brennenden Phosphors in einem geschlossenen Kasten aussetzt. Das durch Berührung mit der verblichenen Schrift entstandene Bild löst sich auch noch auf andre Art entziehen, nämlich durch Begehen mit Quecksilber, das man aus einer Höhe von etwa 30 cm darauflassen läßt, worauf man das Papier in Ammoniaklösung taucht. Oder man bringt das erponierte Papier auf 15 Minuten in helles Sonnenlicht und drückt es dann gegen eine Trockenplatte, die nachher mit Nodinalösung entwässert wird. Zum Bleichen des verblichenen Schriftstücks bedient man sich einer schwachen Lösung von Wasserstoffsuperoxyd. Ein besonderer Vorteil dieser Verfahren besteht darin, daß sie das Originaldokument völlig intakt lassen.

Abgeblühte Kalenderfirmen. Gegen kostenfreie Überlassung von Kalendern war der Reichsbund Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler in Frankfurt a. M. beim Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins vorstellig geworden. Durch Vereinsbeschluß sollte die kostenfreie Überlassung von Kalendern an die Kunden künftig in Wegfall kommen. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins lehnte jedoch dieses Begehren mit folgender Begründung ab: „Wenngleich im Buchdruckergewerbe vor einigen Jahren eine ähnliche Bewegung im Gange war, haben wir doch ein Eingehen auf den gemachten Vorschlag und die Einführung einer solchen Verpflichtung für unsre Mitglieder abgelehnt. Wir begründeten unsre Ablehnung mit den bei diesem Brauche bestehenden örtlichen und freundschaftlichen Verhältnissen, auch werde die Herstellung solcher Kalender gewöhnlich in stillen Gehilfszeiten vorgenommen, wodurch dem Personal Arbeit und Verdienstmöglichkeit gewährt werden.“ Und wir empfehlen den Papier- und Schreibwarenhändlern, ihren Geschäftsbetrieb nach dadurch zu erweitern, daß sie dem Vertriebe sogenannter Kundenkalender an ihren Käuferkreise selbst nähertraten. Wer z. B. so wie die Schreibwarenhändler aus Gedankenlosigkeit Nutzen zieht, der sollte selbst etwas weniger futternüchsig sein.

Die Akkumulation des Kapitals. Im kapitalistischen Wirtschaftssysteme werden bekanntlich die Profite damit verteidigt, daß diese der notwendigen Akkumulation des Kapitals dienen, welche neue, die Produktivkräfte entlastende Anlagen möglich macht. Es wird gegen die direkte Besteuerung auch mit diesem Argumente gekämpft. Die letzten Ausweise der neuen Kapitalanlagen in England lediglich für Industriezweige zeigen einen gewaltigen Aufschwung. Während in dem glänzenden Geschäftsjahre 1913 242 Millionen Pfund Sterling investiert wurden, ist diese Summe im Jahre 1920 auf 384 Millionen Pfund gestiegen. Auch wenn man eine zweiein-

halbte Preissteigerung berücksichtigt, ist dieser Betrag — verglichen mit den Bedürfnissen der Weltwirtschaft — als sehr hoch zu betrachten. So hat die englische Arbeiterpartei recht, indem sie behauptet, daß den Kapitalisten zur Tilgung der Kriegsschulden neue Vermögenssteuern auferlegt werden können, ohne daß dadurch die in der kapitalistischen Produktion tatsächlich notwendige Akkumulation vernichtet würde.

Die Gesamtsachen der Reichsbeamten. Nach den Reichshaushaltsplänen von 1913, 1914 und 1920 ergeben sich folgende Zahlen für die planmäßigen Beamten der verschiedenen Reichsressorts:

	1913	1914	1920
Reichspräsident	—	—	19
Reichstag	42	42	50
Reichsministerium, Reichskanzler	18	20	45
Reichsministerium des Auswärtigen	998	1010	934
Reichsministerium des Innern	2451	2533	843
Reichsjustizministerium	—	—	811
Reichsarbeitsministerium	—	—	10555
Reichswehrministerium, im Meer	12702	12971	2783
Reichswehrministerium, Marine	3234	3424	—
Reichsamt für Reich	51	51	—
Reichsjustizministerium	251	259	1099
Reichsjustizministerium	—	—	8517
Reichsjustizministerium	52	52	612
Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	—	—	149
Allgemeiner Pensionsfonds	8	8	8
Rechnungshof des Deutschen Reiches	170	170	169
Reichsfinanzministerium	118	127	55259
Reichsministerium für Wohnbau	245	255	654
Reichspostministerium und Reichsdruckerei	157460	167452	233844
Reichseisenbahnverwaltung	12118	12730	371625
	189918	201124	638023

Die besonders auffallenden Unterschiede von 1920 gegenüber 1913 sind bei den Etats des Reichsfinanzministeriums, des Reichspostministeriums und der Reichseisenbahnverwaltung, auf der Veranschlagung der Reichsfinanzverwaltung, der bayerischen und württembergischen Postverwaltung und der einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen zurückzuführen.

Briefkasten
 G. A. in A.: Im alten Tarif war in § 10 Abs. 2 festgelegt, daß die Konditionen und deren Dauer nicht von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation oder Stelle abhängig gemacht werden darf. In den neuen Tarif wurde diese Bestimmung nicht mehr aufgenommen, weil viele neutrale Grundzüge des Arbeitsverhältnisses als selbstverständlich zu betrachten sind und keine besonderen Vorkehrungen mehr bedürfen. Im vorliegenden Falle wurde es sich demnach um einen krassen Rückfall in reaktionäre Gedankenkreise handeln, die man heute einfach für unumgänglich halten sollte. Auch die in G. angekommene Ausschließung von der Wahl in den Betriebsrat steht in offenem Widerspruch zu den von der Betriebsrätezentrale im Einverständnis mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten Richtlinien zu diesen Wahlen, über die es sich bei der Betriebsrätezentrale des ADGB in Berlin S. 16, Eingabe 14.15.1V, noch näherer Aufklärung geben lassen können. — A. W. in A.: 7 Mk. — G. P. in A.: 14,50 Mk.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □ □
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Edmannstraße 5 II.
 Grenzprediger: Emil Kurfürst, Nr. 191.

Versammlungskalender
 Berlin. Korrektorenverein — Brandenburgischer Maschinenlehreverein: Gemeinsame Versammlung Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Stadthaus“, Ohmstraße.
 Chemnitz. Maschinenlehreverein: Versammlung Sonnabend, den 19. März, abends 7½ Uhr, im „Goldenen Engel“, Fischpauer Straße 1a.
 Dessau. Versammlung Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, im „Zwölfer“.
 Dortmund. Versammlung Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, im „Bürgerhaus“, Kaiserstraße 29.
 Gortl (Gautzsch). Versammlung Sonnabend, den 19. März, im P. N. Richardsen Lokal, Kolbener Straße.
 Frankfurt a. M. Offenbach. Maschinenlehreverein: Versammlung Freitag, den 18. März, nachmittags 5 Uhr, im „Kampffeld“, Magdeburg.
 Versammlung heute Donnerstag, den 17. März, abends 7 Uhr, in der Aula der Augustaschule, Altemannstraße 5.
 Wittenberg. Versammlung Dienstag, den 22. März, abends 7 Uhr, bei Bennemann, Kollegenstraße.

Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker
 Tarifkreis VI (Erlangen)
Bekanntmachung
 Nach dem Beschlusse der letzten Tarifausschubföhrung III in Absatz 3 der vorläufigen Regelung der Lokalzulage den Kreisämtern die Verpflichtung auferlegt, bis zum Schlusse dieses Monats eine Ortsliste anzufertigen, die der Kommission für Neuregelung der Lokalzulage als Material überwiesen werden soll. Die Aufstellung dieser Liste soll unter Beachtung der örtlichen Verhältnisse und unter Vorau gehender schriftlicher oder mündlicher Verhandlung mit den Kreisämtern der betroffenen Orte erfolgen. Die Gehilfenschaft eine Veränderung im Lokalzulage über überhaupt die Einführung einer Gehaltszulage gefordert wird, ist es zweckmäßig, sofort mit der örtlichen Prinzipalsvertretung in Verhandlungen darüber einzutreten. Kommt örtlich eine Verständigung über die Anreicherung eines gemeinsamen Antrags an das Kreisamt zustande, dann überläßt sich in diesem Falle das persönliche G. und die Parteien zu der in Aussicht genommenen Kreisamtsabteilung am Tarifvorort, deren Termin noch bekannt gegeben wird. Kommt eine örtliche Verständigung nicht zustande, dürfte eine persönliche Vertretung der Parteien zur Kreisamtsabteilung unerlässlich sein. Die Ergebnisse der Verhandlungen und die Anträge, über die örtlich eine Verständigung nicht erfolgte, müssen unter Beilage des begründenden Materials bis spätestens den 26. März d. J. unterzeichnet eingereicht sein. Salte a. d. S., Kleine Klausstraße 7 I.
 Hugo König, Gehilfenvertreter.

Verband der Deutschen Buchdrucker in der Republik Polen
 Vorherrscher: Artur Spang, Wdostoczka (Bromberg), Gedansko 51;
 Kassierer: Max Prigun, Clara Sychina 10, Weich und Ort;
 Kassierer: Richard Hoffmann, Pomorska 32b II.